

STUTTGART

STADT & REGION

Stadt baut Hilfen für Roma-Familien aus

Angesichts der gewachsenen Zahl von Familien, die hier oft keinen Leistungsanspruch haben, vollzieht Stadtverwaltung und Rat einen Strategiewechsel.

Von Mathias Bury

Im November vor bald sieben Jahren hatte der Rat auf Vorschlag der Verwaltung mehrheitlich beschlossen, einen Teil der Sitzbänke auf der Königstraße abzubauen. Damit sollte den Obdachlosen, die dort häufig lagerten, der Aufenthalt vergällt werden. Die Maßnahme galt insbesondere Menschen aus der Gruppe der Sinti und Roma, die an der Stelle und nebenan im Schlossgarten nächtigten. Grundsätzlich wollte man weiteren Zuzug nicht befördern.

Inzwischen hat sich die Haltung der Stadt zu dieser Gruppe, die seither auch durch Geflüchtete aus der Ukraine noch gewachsen ist, stark verändert. Im Rahmen eines Strategiewechsels haben sich Verwaltung und Rat für den Aufbau weiterer Hilfen für diese Menschen entschieden. Obwohl viele von ihnen keine Leistungsansprüche haben. Im Fokus steht dabei die Sorge um die Kinder und Jugendlichen der hier lebenden Roma-Familien.



Foto: Thomas Niedermüller

„Die Kinder dürfen keinen Schaden nehmen.“

Franziska Vogel, Sozialamtsleiterin

Gruppe ein Gebäude im Stuttgarter Osten zu nutzen. Das Haus mit 44 Plätzen diente bisher als Asyl für alleinstehende obdachlose Menschen und sollte wegen des schlechten Zustands saniert oder aufgegeben werden.

Sozialamtsleiterin Franziska Vogel sagt, die Gruppe der wohnungslosen Familien „mit rumänischen Pass“ habe in den vergangenen Jahren und seit Corona „noch mal stark zugenommen“. In den Sozialunterkünften der Stadt, das sind alte Hotels und Pensionen, machen diese Familien inzwischen 80 Prozent der Bewohner aus. Das seien derzeit 341 Personen, darunter sind 179 Minderjährige. Diese Unterkünfte seien aber „nicht kindgerecht und nicht geeignet für eine Unterbringung von Familien mit Kindern“, heißt es in der aktuellen Ratsvorlage dazu. Der Handlungsbedarf wird begründet mit der „zunehmenden Verelendung dieser Kinder und ihrer Eltern“.

Wie viele aus dieser Gruppe darüber hinaus unter elenden Verhältnissen in Abbruchhäusern, teils mit Wuchermieten für Absteigen noch in der Stadt leben oder im



Immer wieder übernachten Roma-Familien im Freien, unter anderem im Schlossgarten.

Archivfoto: Lichtgut/Max Kovalenko

EIN FACHKONGRESS IN STUTTGART

Unterbringung Ende letzten Jahres waren in Stuttgart insgesamt 3770 Menschen aus verschiedenen Gründen ordnungsrechtlich untergebracht. Von diesen haben laut Stadt 341 Personen in Sozialunterkünften

einen rumänischen Pass. Das sind neun Prozent.

Fachkongress Am heutigen Montag findet im Evangelischen Bildungszentrum Hospitalhof in Stuttgart ein ganztägiger Fachkongress

des Landesverbands der Sinti und Roma statt. Das Thema: „Solidarität mit den aus der Ukraine geflüchteten Roma“. Dabei geht es um Erfahrungen und Herausforderungen im Umgang mit dieser Bevölkerungsgruppe. [ury](#)

Freien nächtigen, ist schwer zu sagen. Vorergeraumer Zeit hat man diesen Kreis auf nochmals etwa 100 Personen geschätzt.

Weil die Sozialunterkünfte nur zur Notunterbringung für ein paar Tage gedacht sind, die rumänischen Familien aber oft mit mehreren Kindern in einem Zimmer über Monate oder Jahre leben, hat die Stadt vor geraumer Zeit begonnen, diese mit einem sogenannten Fachkräftetandem aus mobiler Jugendarbeit und Elternarbeit zu betreuen. Überdies kümmern sich das Medmobil, das Obdachlose medizinisch versorgt, sowie Streetworker der Caritas, der Ambulanten Hilfe und des Diakonischen Werks um die Menschen. Die Evangelische Gesellschaft betreibt eine Beratungsstelle für diese Gruppe. Eva-Abteilungsleiter Peter Gerecke betont, dass in der Stadt nach wie vor Roma-Familien im Freien „auch mit Kindern und Jugendlichen biwakieren“.

Die Schwierigkeit ist, dass die Familien sehr häufig ohne Leistungsanspruch sind. Unterstützung wie aufstockende Hilfen vom Jobcenter erhalten sie nur, wenn sie Arbeit haben. Das ist schwierig, weil sie meist über

keine Ausbildung verfügen, viele sind Analphabeten. Sie finden deshalb vor allem prekäre Jobs, die sie immer wieder verlieren. Das Angebot eines Tickets für die Rückkehr ins Herkunftsland nehmen sie gleichwohl oft nicht an, wenn doch, kommen sie häufig trotzdem wieder hierher zurück. Deshalb baut die Stadt nun Hilfen für Sinti und Roma unabhängig vom Leistungsanspruch auf. München macht das schon länger. „Wenn die Kinder auf der Straße sind, tragen wir auch für sie Verantwortung, dass sie keinen Schaden nehmen“, sagt Sozialamtsleiterin Vogel. Das sieht auch der Rat so.

In nicht wenigen Vorbereitungsklassen an Grund- und Gemeinschaftsschulen lernen auch Kinder aus Roma-Familien Deutsch. Eine reine Roma-VKL-Klasse mit Kindern aus Rumänien und der Ukraine wurde in der Uhlandschule in Zuffenhausen-Rot eingerichtet. Es handle sich um Kinder im Alter von elf bis 15 Jahren, „die zum Teil nicht einen Tag in der Schule waren“, sagt Lehrerin Cornelia Blankenhorn. Auch wenn sie nicht immer zum Unterricht kämen, weil sie die Eltern etwa als Dolmetscher unter-

stützen müssten, seien sie doch „sehr lernwillig und sehr lieb, sie blühen hier auf und suchen auch den Kontakt zu anderen Kindern“, lobt die Lehrerin die Schüler.

Das „niederschwellige Angebot“ sei darauf angelegt, dass die Kinder „positive Erfahrungen mit der Schule machen“, sagt Birgit Popp-Kreckel, die stellvertretende Leiterin des Staatlichen Schulamts. Wegen der vorhandenen Nachfrage plane man für das kommende Schuljahr solche „Schwerpunkt-klassen für Analphabeten an vier Standorten, aber nicht speziell für Roma-Familien“.

Auch die Bürgerstiftung engagierte sich für Roma-Familien. „Kinder und Bildung war schon immer ein Thema der Bürgerstiftung“, sagt die Geschäftsführerin Irene Armbruster. „Alle Kinder in der Stadt sollen eine Chance haben.“ Eigentlich sollte in einem leer stehenden Ladengeschäft in der Marktstraße in Bad Cannstatt ein Tagesangebot für Mütter mit Kindern entstehen. Das wird so aber nicht kommen. Gegen ein offenes Angebot an dieser Stelle haben die Ratsfraktionen, die den Plan grundsätzlich gutheißen, ihr Veto eingelegt. Sie fürchten, dass die Marktstraße unter einem möglicherweise verstärkten Auftreten von Roma-Familien weiter an Attraktivität verlieren könnte. Deshalb werde die Bürgerstiftung dort mit dem Landesverband der Sinti und Roma nun eine Beratungsstelle „für Multiplikatoren“ einrichten, also etwa für Lehrkräfte und Sozialarbeiter, die mit den Familien zutun haben. Das sei dringend notwendig, sagt Irene Armbruster. Beratungen von Müttern mit Kindern sollen nur mit festem Termin vergeben werden.